

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

KOMMENTAR

Konsens kaputt

Von Micha Hörnle

Nein, es geht an dieser Stelle nicht um Inhalte, sondern um den Tonfall. Und es ist in diesem Zusammenhang vollkommen unerheblich, welche Straßenbahntrasse in die Altstadt die bessere wäre. Aber die Art, wie am Mittwochabend die „linke“ Mehrheit die „rechte“ Minderheit auflaufen ließ, lässt Schlimmes erwarten. Niemand hätte sich etwas vergeben, auch die Variante am Neckar prüfen zu lassen. Wenn die wirklich so unsinnig ist, dann hätte das die Prüfung eindrucksvoll bestätigt. Und schließlich prüft es sich besser, wenn man eine Alternative zur Auswahl hat.

Mit einem solch rigorosen Verhalten beschädigen die „Linken“ ohne Not den versöhnlichen Geist der „Konsensgespräche“, die zu einem größeren Miteinander im Gemeinderat und in der Stadtpolitik insgesamt führen sollten. Eigentlich sind weitere Gespräche fortan sinnlos, weil den „Linken“ komplett egal ist, was die „Rechte“ vorschlägt. Dafür muss die „Linke“ ganz allein die Verantwortung dafür tragen, wenn es in der Altstadt so viel Ärger gibt wie vor sechs Jahren in Kirchheim. Dabei sollten doch alle aus dem Kirchheimer Tram-Drama gelernt haben: Eine Straßenbahn kommt auch dann bei den Bürgern besser an, wenn es einen breiten Konsens im Gemeinderat gibt. Im Falle Kirchheims fiel die Entscheidung mit 21 zu 20 Stimmen. Im Falle der Altstadt wird sie mit 22 zu 19 Stimmen fallen.

Wenn Straßenbahn, dann in der Ebert-Anlage

„Linke“ Mehrheit trifft Vorentscheidung für die Altstadt-Strecke: Die Variante am Neckar wird nicht geprüft – „Rechte“ reagiert empört

Von Micha Hörnle

Wenn es je eine Straßenbahn in die Altstadt geben sollte, wird sie wahrscheinlich durch die Friedrich-Ebert-Anlage zum Universitätsplatz führen. Das beschloss am Mittwochabend der Haupt- und Finanzausschuss, in dem es, wie im „großen“ Gemeinderat auch, eine wenn auch knappe „linke“ Mehrheit gibt (acht zu sechs Stimmen bei einer Enthaltung). Die mögliche Alternativstrecke am Neckar wird ausdrücklich nicht als Variante geprüft.

In der Debatte um diesen Punkt brachen alte Wunden wieder auf, die eigentlich durch die „Konsensgespräche“ vor einem Monat geheilt werden sollten. Damals hatten sich alle Fraktionen zusammengesetzt, um nach Monaten des erbitterten Streits und einiger Entscheidungen mit knapper „linker“ Mehrheit (22 von 41 Stimmen) wieder zu einem stärkeren Miteinander im Rat zu finden. Nach der ersten gemeinsamen Sitzung am 14. April – ohne OB Eckart Würzner – lobten alle Teilnehmer das angenehme Klima, aber in den grundsätzlichen Fragen kam es zu keiner Annäherung: Die „Linken“ wollen eine Straßenbahn durch die Ebert-Anlage; außerdem sollen die Bürger über den Neckartunnel entscheiden, wenn es einen Förderbescheid des Landes gibt – was angesichts der neuen Regierung unwahrscheinlich ist. Die „Rechten“ wollen eine Bürgerbefragung über alle denkbaren „Stadt an den Fluss“-Varianten und Liebäugeln damit, eine Straßenbahn am Neckarufer fahren zu lassen. In diesem Falle, so die Hoffnung, könnte sich der Bund auch beim Tunnelbau beteiligen.



Bereits 1999 beschloss der Gemeinderat, dass eine Straßenbahn in die Altstadt durch die Friedrich-Ebert-Anlage bis zum Uniplatz geführt wird. Nach zwölf Jahren wird diese Variante aufs Neue geprüft. Foto: Kresin

Allein schon aus diesem Grund hatten die Räte der „rechten“ Minderheit darum gebeten, wenigstens eine Straßenbahntrasse am Neckar – vom Bismarckplatz bis zum S-Bahn-Halt Karlstor – prüfen zu lassen, doch das lehnte die „linke“ Mehrheit ab: Denn die Strecke durch die Ebert-Anlage zum Uniplatz sei bereits 1999 beschlossen worden. Einer Trasse am Neckar fehle der Einzugsbereich, außerdem sei eine Anbindung des Karlstors kaum

sinnvoll: „Nicht der Karlstorbahnhof ist die Drehscheibe in der Altstadt“, sondern der Uniplatz“, beschied Peter Holschuh (Grün-Alternative Liste, GAL). Die „Rechten“ reagierten gereizt: „Wenn Sie das jetzt so beschließen, schlagen Sie die Tür für weitere Gespräche zu“, kündigte Wolfgang Lachenauer („Die Heidelberger“) an: Eine Analyse der Straßenbahn in die Altstadt brauche auch Alternativtrassen – und hier geschehe die Planung, ohne dass die Bürger beteiligt werden. Die geplante Bahn werde „einen Aufstand in der Ebert-Anlage verursachen“, das sei eine

„völlig unausgegrenzte Trasse, für die Sie die politischen Konsequenzen zu tragen haben“. Und schließlich sei überhaupt nicht klar, welche Auswirkungen eine Straßenbahn durch die Ebert-Anlage auf den Autoverkehr habe. Immerhin fahren dort 17 400 Fahrzeuge am Tag – fast so viel wie auf der B 37.

Dann entwickelte sich rasch eine Grundsatzdebatte um den Neckartunnel, denn schließlich sei die Straßenbahn am Neckar nur ein Instrument, um den Tunnel durchzubekommen und zu finanzieren, so Judith Marggraf (GAL): „Und eine Trasse am Neckar ohne Tunnel wäre doch wohl absurd.“ Schließlich sei es auch kein Zufall, dass 1999 die anderen beiden denkbaren Streckenvarianten in die Altstadt – Hauptstraße und Neckarstadt – nicht weiterverfolgt worden sind. Und außerdem sollte man sich jetzt mal so langsam darüber Gedanken machen, „Stadt an den Fluss“ auch ohne Tunnel hinzubekommen. Anke Schuster von der SPD, die bisher den Grundsatzbeschluss zum Tunnel immer mitgetragen hatte, sagte: „Die SPD hätte nie einen Tunnel mit einer Straßenbahn oben drauf zugestimmt.“

Im rhetorischen Pulverdampf drang auch RNV-Chef Martin in der Beek nicht mehr durch, der für Konsens plädierte: „Wir wollen doch an die Bundesmittel heran, und da sollte es eine breite Mehrheit im Gemeinderat geben – das wäre ein wichtiges Signal an den Zuschussgeber.“ Man vergäbe sich nichts, mit den 50 000 Euro an Planungskosten auch Varianten wie die Neckarstrecke zu untersuchen.

Frühlingsfest am Wolfsbrunnen

Gemeinsam für die Sanierung

if. Immerhin tut sich jetzt was am „Wolfsbrunnen“ im Heidelberger Stadtteil Schlierbach. Groß aufgedreht wird am kommenden Sonntag, wenn die Freunde des Wolfsbrunnens einladen. Zum einen gilt es den Grundstein für den erweiterten Wolfsbrunnen zu legen und zum anderen möchten die Initiatoren mit ihrer „Aufaktveranstaltung“ potenzielle



Der geschichtsträchtige „Wolfsbrunnen“ im Heidelberger Stadtteil Schlierbach wird komplett saniert. Spender werden gesucht. F.: Joe

Spender gewinnen. Denn den „Wolfsbrunnen“ wieder ein ein Schmuckstück zurück zu versetzen (kleines Museum, Gastronomie, Veranstaltungsmöglichkeiten), kostete Geld, genau genommen 1,6 Millionen Euro. 500 000 Euro kamen von der Stadt und jetzt ist die gemeinnützige GmbH Wolfsbrunnen dabei nach Geldgebern Ausschau zu halten. Das Grundkapital wurde von der Familie Hauschild eingebracht, den Erbau-Pächtern des Wolfsbrunnens.

Um Bürger und Spender gleichermaßen zu motivieren, dieses ambitionierte Vorhaben zu unterstützen, gibt es am Sonntag, 15. Mai, ein großes Frühlingsfest am „romantischsten Ort“ Heidelbergs. Für Essen und Trinken ist gesorgt. Die ganze Familie ist von 15-20 Uhr eingeladen. Zu Kinderzirkus, Kinderschminken, einem Wolfsbrunnen-Quiz und vielem mehr. Die Erwachsenen dürften sich eher auf Freddy Wonder & friends freuen. Die Grundsteinlegung mit Oberbürgermeister Eckart Würzner wird am frühen Abend sein. Wer einen kleinen Fußweg nicht scheut, der kann auch mit den Buslinien 33 und 35 fahren, Haltestelle Jägerhaus oder Rombachweg.

> Mehr Infos unter: www.wolfsbrunnen.org. Spendenkonto: Volksbank Kraichgau, BLZ: 672 922 00, Konto: 29 29 770.

Ein „blauer Brief“ aus Karlsruhe

Regierungspräsidium verringert Neuverschuldung in 2011 – Ausgleich durch höhere Steuereinnahmen

mün. Der im März verabschiedete Heidelberger Doppelhaushalt 2011/12 wurde vom Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigt – aber nur mit einer Korrektur. In diesem Jahr dürfen nicht so viele Schulden gemacht werden, wie es die Gemeinderatsmehrheit aus SPD, GAL/Heidelberg Pflegen und Erhalten, Grüne/generation.hd und Bunte Linke beschlossen hat. Die Bürgerlichen fühlen sich nun bestätigt.

27 Millionen Euro neue Schulden wollten Oberbürgermeister Eckart Würzner und sein Kämmerer Jürgen Heiß in diesem Jahr machen, um Investitionen bezahlen zu können. Nachdem aber die linke Haushaltsmehrheit ihre Änderungsanträge durchgesetzt hatte, waren 30,6 Millionen an Neuschulden für 2011 notwendig. Das Karlsruher Regierungspräsidium hat dieser Neuverschuldung einen Riegel vorgeschoben und „einen geringfügigen Abstrich bei der Kreditemächtigung“ verlangt, so ein Sprecher. Nicht 30,6 sondern nur 28,3 Millionen Euro dürfen in diesem Jahr an Krediten aufgenommen werden. Die Differenz von 2,3 Millionen Euro müsse die Stadtverwaltung in der laufenden

Bewirtschaftung einsparen. Für 2012 wurden die beschlossenen Kredite genehmigt.

Kämmerer Heiß betont, dass sein Haushaltsvorschlag, der auch die später abgelehnte Erhöhung der Grundsteuer B vorsah, „voll genehmigungsfähig“ gewesen sei. Er könne sich nicht an eine solche Auflage aus Karlsruhe erinnern. In die gleiche Kerbe schlägt CDU-Fraktionschef Jan Gradel: „Dieser einmalige Vorgang bestärkt unsere Kritik, dass der Haushalt aufgrund von finanzpolitischen Fakten erstellt werden muss und nicht aufgrund von spekulativen Hoffnungen auf steigende Einnahmen.“ Zukünftig müssten wieder Haushalte das Ziel sein, die eine breite Mehrheit im Gemeinderat finden, „keine Klientelhaushalte“. Für FDP-Fraktionschefin Annette Trabold ist die Auflage aus Karlsruhe nicht nur ein erhobener Zeigefinger, sondern schon „ein blauer Brief“. „Ich finde das bezeichnend für das, was da zusammengebastelt wurde“, so die Liberale. Freie-Wähler-Stadträtin Ursula Lorenz sagt, sie sei ganz zufrieden mit der Auflage aus Karlsruhe. Nicht etwa aus Schadenfreude, sondern weil für sie Schuldenabbau erste Priorität

habe. Nach der Verabschiedung des Haushaltes durch die vornehmlich linken Gruppierungen habe sie diese Konsequenz erwartet.

SPD-Fraktionschefin Anke Schuster ist keineswegs überrascht über die Karlsruher Entscheidung. Denn festgeschrieben sei im Haushalt nur das „Worst-Case-Szenario“ durch Neuschulden. Aber es gebe schon seit November Anzeichen für eine Besserung der Einnahmesituation, die die von Würzner gewünschten Steuererhöhungen nicht notwendig gemacht hätten. „Warten wir die Ergebnisse der Steuererschätzung ab.“ Sie geht weiterhin von höheren Einnahmen aus. Übrigens auch Kämmerer Heiß: Er meint, die einzusparenden 2,3 Millionen Euro könnten durch Steuermehreinnahmen ausgeglichen werden. Grünen-Fraktionschef Kai Dondorf ruft denn auch die „Bürgerlichen“, die mit dem OB gegen den Doppelhaushalt gestimmt hatten, auf, „aus der Schmollecke zu kommen“. „Die Konservativen handeln widersprüchlich“, so der Grüne, „sie wünschen sich einen Neckarufertunnel, der der Stadt 100 Millionen Euro neue Schulden bringen würde.“

Kino-Sessel für Selbstabhöler

„Studio Europa“ räumt aus

sal. Nun ist es so weit, das „Studio Europa“ wird leergeräumt. Am heutigen Freitag und morgen, Samstag, jeweils von 17 bis 22 Uhr, bietet das Team Nostalgikern Gelegenheit, ausgediente Sessel zu erwerben. Die guten Stücke können auf viele Vorpremieren mit deutschen wie internationalen Stars zurückblicken und werden daher schweren Herzens und nicht einzeln, sondern mindestens zu zweit abgegeben. Der Preis pro Sessel beträgt fünf Euro, auf das erste Paar wird ein Rabatt von 50 Prozent gewährt. Die Abholer müssen ihre Sessel selbst abbauen, dafür brauchen sie ein Werkzeug 13er- und 10er-Maulschlüssel, 6er-Imbus und mittlere Kreuz- und Schlitzschraubendreher. Beim Einsatz von Akkuschaubern ist, aufgrund eines Bodenabstands von teilweise unter 20 Zentimetern, ein Winkeladapter nötig. Die Maße eines Stuhlpaars (zwei Sitze, drei Lehnen) betragen etwa 1,4 Meter Breite, 0,7 Meter Tiefe und einen Meter Höhe. Für weitere Fragen steht das Kinoteam gerne per Email zur Verfügung: kleppel.gloria@cinevent.de.

Wenn die Naturwissenschaften moralisch in die Sackgasse führen

Professor Paul Kirchhof und Erzbischof Robert Zollitsch: Die Religion muss in einer „durchökonomisierten Welt“ klare Positionen formulieren

Von Diana Deutsch

In der Liste der Fakultäten an der Universität Heidelberg steht die Evangelische Theologie auf Platz eins. Der Spitzenplatz resultiert aus der Tatsache, dass der erste Rektor ein Theologe war: Marsilius von Inghen. Jeden Donnerstag Punkt 11.15 Uhr traf er sich mit seinen Kollegen, einem Juristen und einem Mediziner, um darüber zu diskutieren, welche Aufgabe Wissenschaft hat. 625 Jahre sind seitdem vergangen. Die naturwissenschaftliche und die medizinische Forschung der Ruperto-Carola genießen hohes Ansehen.

Doch welche Rolle spielt heutzutage die Theologie im Fächerkanon? Und welche Relevanz hat der christliche Glaube noch für die Wissenschaft? Antworten auf diese Fragen wollte das katholische Hochschulforum finden und lud zu einer Podiumsdiskussion in die Alte Universität, Erzbischof Robert Zollitsch kam als Ehrengast. Den Einführungsvortrag hielt Professor Paul Kirchhof, einst Richter am Bundesverfassungsgericht, heute Experte für Steuerrecht.

Paul Kirchhof, „der Professor aus Heidelberg“, ist gläubiger Katholik und denkt auch intensiv über Wissenschaft nach. „Die Biologie sagt uns, dass die Gene des Menschen denen des Affen glei-



Wissenschaft und Kirche im Dialog: Erzbischof Robert Zollitsch (l.) und der Jurist Paul Kirchhof (r.), dazwischen Unirektor Bernhard Eitel, sprachen beim katholischen Hochschulforum. Foto: Hentschel

chen. Die Psychologie bestreitet, dass der Mensch Verfügungsgewalt über sich selbst hat. Und die Genforschung schickt sich an, die Identität des Menschen zu verändern. Je mehr der Mensch die Welt beherrscht, desto mehr scheint sie ihm zu entgleiten.“

Das Bedürfnis nach Sicherheit und Orientierung wächst. Doch weder das eine noch das andere können die Erfahrungswissenschaften am Ende geben, sagt Kirchhof. Die „Orientierungswissenschaften“ stellen die Frage, ob der Gott der Juden, der Gott des Christentums und der Gott des Islam derselbe Gott ist. „Sich diesem Thema zu nähern, sei der Kulturauftrag unserer Gegenwart, vermutet Kirchhof. „Vielleicht bietet der eine Gott ja mehrere gleiche Wege zum Ziel.“

Dass sich gerade die katholische Kirche in der Vergangenheit schwer getan hat in Sachen Dialog mit der Wissenschaft, gab Erzbischof Robert Zollitsch unumwunden zu. „Die Kirche musste lernen, ih-

ten“ schon. Recht, Religion, Philosophie. „Wenn der Genforscher dem Menschen möglicherweise einmal den Zeitpunkt seines Todes voraussagen kann, müssen wir darüber reflektieren, ob wir das wissen wollen.“

Finanzmärkte, Atomenergie, Genforschung, Islam – um in all diesen Fragen eine Haltung bieten zu können, müssen Kirche und Theologie einen intensiven Dialog der Wissenschaften initiieren. Und einen Dialog mit den anderen Religionen. „Die jungen Menschen stellen die Frage, ob der Gott der Juden, der Gott des Christentums und der Gott des Islam derselbe Gott ist.“

„Die jungen Menschen stellen die Frage, ob der Gott der Juden, der Gott des Christentums und der Gott des Islam derselbe Gott ist.“ Sich diesem Thema zu nähern, sei der Kulturauftrag unserer Gegenwart, vermutet Kirchhof. „Vielleicht bietet der eine Gott ja mehrere gleiche Wege zum Ziel.“

ren Ort innerhalb der modernen Gesellschaft neu zu definieren.“ Statt den wissenschaftlichen Fortschritt zu ächten, wolle die katholische Kirche künftig darüber wachen, ob eine Technologie die Grenze des Zulässigen überschreitet. Das Maß aller Dinge sei dabei die Würde des Menschen. „Wir erleben heute eine alles umfassende Durchökonomisierung des Lebens. Alles muss sich lohnen und rechnen“, beklagte Zollitsch. Die ökonomischen und technischen Systeme neigten in bedrohlicher Weise dazu, sich so zu verselbständigen, dass sie kaum noch gesteuert werden können. „Als Christen müssen wir uns immer wieder fragen: Wie soll die Welt aussehen, in der wir leben wollen?“

Mit dieser Frage stehen die Kirchen allerdings nicht allein, beruhigte Professor Claus R. Bartram, der Dekan der Medizinischen Fakultät: „Von der Selbstgewissheit der Naturwissenschaftler und Mediziner in den letzten Jahrzehnten ist nicht viel übrig geblieben.“ Momentan entdeckten die einstigen Überflieger den interdisziplinären Dialog wieder, den Rektor Marsilius schon 1386 gepflegt hat. „Das macht die Besonderheit von Heidelberg aus, dass wir hier einen Ort haben, an dem die unterschiedlichen Fachvertreter zum Dialog bereit und fähig sind“, sagte Bartram. „In Deutschland ist das selten.“